

CONFERENCIA PRONUNCIADA POR EL SEÑOR  
MINISTRO EN EL INSTITUTO DE POLITICA EX  
TERIOR Y DE RELACIONES EXTERIORES DE  
VIENA (24 julio 1980)

---

**DIE SOLIDARITÄT DES WESTENS IM ZEICHEN  
DER INTERNATIONALEN KRISE**

097/016/015

**VORTRAG  
DES SPANISCHEN  
AUSSENMINISTERS,  
MARCELINO OREJA AGUIRRE**

**OESTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR  
AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN**

**VIENA  
1980**

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen der Oestereichischen Gesellschaft für Aussenpolitik und internationale Beziehungen für die Möglichkeit danken, in diesem unvergleichlichen Rahmen des Palais Palfy vor Ihnen einige Ueberlegungen zu der gegenwärtigen internationalen Lage und der Rolle, die uns Europäern bei der Suche nach Lösungen für die zahlreichen und schwierigen Probleme, mit denen wir konfrontiert sind; zufällt, anzustellen, zu einem Zeitpunkt, in dem die internationalen Beziehungen durch Spannungen und Ungewissheiten belastet sind.

Besonders angenehm ist es für mich, meine Gedanken zu diesem Thema in Wien vorzutragen, in einer Stadt mit der wir Spanier uns auf das engste verbunden fühlen und deren ehrwürdige Steine uns eine gemeinsame Vergangenheit in Erinnerung rufen, in der unsere beiden Völker verbunden durch dynastische und geschichtliche Bande und den Glauben an gemeinschaftliche Ideale im Dienste einer gemeinsamen Sache, in Europa wirkten.

Ich kann der Versuchung nicht widerstehen, hier einen Passus aus der "Geschichte Kaiser Karls V." von Pater Prudencio de Sandoval zu zitieren, in dem die

tiefe Verbundenheit zwischen unseren Völkern zum Ausdruck kommt. Er beschreibt dabei die Bestürzung, die in Spanien die Nachricht von der Belagerung Wiens durch das mächtige Heer Suleimans auslöste und die Bereitschaft der Spanier, sich an der Verteidigung der Stadt zu beteiligen. Der kaiserliche Chronist schreibt hierzu: "Kaum hatten die Spanier Kunde von dem Vormarsch des Türken und den Kriegsrüstungen des Kaisers zum Kampf gegen ihn erhalten, da sammelten sie sich in Reih und Glied und verkauften oder verpfändeten ihr Hab und Gut, um Waffen und Pferde zu erstehen. Sie verliessen das geliebte Vaterland, ihre Frauen und Kinder und begaben sich durch Frankreich oder über das Meer auf die lange beschwerliche Reise, um in der Schlacht mitzukämpfen, die der Kaiser den Türken zu liefern gedachte. Das alles, obwohl Spanien eine von Oesterreich so weit entfernte Provinz war, durch Feinde und gefährvolle Meere davon getrennt, und ohne dass jemand sie gerufen oder dazu genötigt hätte".

So verstehen wir Spanien, Freundschaft und Solidarität. Mit der Erinnerung an diese beispielhafte und weitblickende Geste eines Volkes, das sich zur Verteidigung der Zivilisation und der Werte, zu denen es sich bekennt, anschickt, möchte ich meine Ausführungen einleiten, die nicht mehr als einige Gedanken im Hinblick auf die Notwendigkeit, angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen und Herausforderungen, die Solidarität Europas und des Westens zu stärken, sein wollen.

## I. DIE KRISE DER GEGENWÄRTIGEN STUNDE

Den Beginn der Achtzigerjahre kennzeichnet eine eindeutige Verschlechterung des Klimas der Entspannung, dass die Beziehungen zwischen den Supermächten in den letzten Jahren bestimmt hatte. Zu den bereits bestehenden Konflikten, unter denen die Lage in Nahost eine besondere Stellung einnimmt, sind neue Spannungsherde hinzugekommen, die von allem durch den jähen Umsturz im Iran und den sowjetischen Einfall in Afghanistan, eine seit dem zweiten Weltkrieg in ihrer Tragweite erstmalige Konfliktsituation, geschaffen haben.

Die Konflikte häufen sich in dem Gebiet, das als "Krisenbogen" bezeichnet wird, der meines Erachtens im wesentlichen von Afghanistan bis an den Maghreb reicht. Das schwindende Vertrauen zwischen den Grossen wird immer deutlicher. Sie entfalten ihre militärischen, politischen und diplomatischen Mittel, um Positionen zu gewinnen oder zu halten, die im weltweiten Ringen um Macht und Einfluss, von Vorteil sind.

Die Kluft zwischen den Industriestaaten und Entwicklungsländern verbreitert sich zusehends, infolge einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, für die es uns nicht gelungen ist, Lösungen zu finden, und die uns erneut mit der Versuchung zur Autarkie, zu unsolidarischen Praktiken und protektionistischen Systemen konfrontiert, die die wirtschaftlichen Beziehungen und den Handelsaustausch gefährden.

Und schliesslich ist ein sichtliches Nachlassen in den Bemühungen zur Schaffung von Voraussetzungen für einen echten Frieden festzustellen, der auf die Einschränkung des Wettrüstens, die Errichtung einer neuen, gerechteren Wirtschaftsordnung sowie die weltweite Achtung der Menschenrechte, die täglich bedroht oder offen durch Massnahmen verletzt werden, die nicht selten, wie in Indochina, in brutale Barbarei und Völkermord ausarten, ohne dass sich unsere westlichen Gesellschaften davon aus ihrer gleichgültigen Haltung bringen liessen, gegründet sein muss.

Um sich mit dieser dreifachen Herausforderung auseinandersetzen zu können, ist ein konzertiertes Vorgehen der westlichen Welt erforderlich. Diese muss eine feste solidarische Haltung beziehen, um eine wirksame Strategie der Eindämmung zu entwickeln und um politische Verhandlungen zur Entspannung in Regionen, die europäische Interessen unmittelbar oder mittelbar berühren, zu ermöglichen. Damit können Voraussetzungen die zur Beilegung des Nahostkonfliktes beitragen, geschaffen werden, der letzten Endes den Schwerpunkt bildet, um den die Probleme in Iran und Afghanistan einerseits, sowie im Mittelmeerraum und Nordafrika andererseits, gelagert sind. Weiters ist eine Solidarität in der Entspannung nötig, mit dem Ziel, dem Wiederaufleben einer Situation des Kalten Krieges vorzubeugen und zu versuchen, durch den Einsatz aller Beteiligten die Krise zu meistern, in die die internationalen Beziehungen geraten sind. Letztendlich wird auch eine

**Solidarität zum Aufbau des Friedens erforderlich sein, die sich auf Abrüstung, Kooperation bei Entwicklungsvorhaben und den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte, die gefestigt und gesichert werden müssen, gründet.**

## **II. DIE POLITISCHE KRISE, DIE SICHERHEITSKRISE UND DIE SOLIDARITÄT DER STÄRKE**

**Die Ereignisse der letzten Monate im mittleren und fernen Osten, deren schlimmste Zuspitzung der sowjetische Ueberfall auf Afghanistan ist, haben zu einer überaus ernsten Lage in einem Gebiet geführt, in dem lebenswichtige strategische und wirtschaftliche Interessen der westlichen Welt, auf dem Spiel stehen. Angesichts dieser Bedrohung, bedarf es einer solidarischen Reaktion aus einer Position der Stärke, um die politischen Voraussetzungen für die Herstellung stabiler Verhältnisse am Persischen Golf, für die Aufrechterhaltung der Verbindungswege zur Sicherung unserer Energieversorgung und für Fortschritte in der Lösung der Nahostfrage, dem eigentlichen Schlüssel dieser ganzen Problematik, zu schaffen.**

**1) Es müssen Bemühungen unternommen werden, um eine Lösung für die Irankrise zu finden. Bis jetzt sind alle herkömmlichen Mittel der friedlichen Streitbeilegung bei dem Versuch, die Freilassung der amerikanischen Geiseln zu erwirken, fehlgeschlagen. Weder die Vermittlung befreundeter Staaten, noch diplomatische Verhandlungen, noch die Empfehlungen der wichtigsten Organe der Vereinten Nationen**

oder die guten Dienste des UNO-Generalsekretärs und seiner Vertreter waren bisher imstande eine illegale und ungerechte Situation zu bereinigen, in der Dutzende von Staatsbürgern eines Landes durch die offenkundige Verletzung elementarster Rechtsnormen, die die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln, einer inhumanen Belastungsprobe ausgesetzt sind.

2) Es wird erforderlich sein, auf dem Verhandlungswege eine Lösung zu finden, die den vollständigen und endgültigen Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan ermöglicht und es dem afghanischen Volk gestattet, ohne fremde Einmischung über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Dabei ist es notwendig, weder für jemanden politische oder strategische Vorteile zu suchen, noch Spannungsherde zu schaffen, die sich nachteilig auf die Stabilität der Nachbarländer auswirken könnten, sowie sich zu bemühen das Gleichgewicht in einem Staate nicht zu stören, der wegen seiner Nähe zum Persischen Golf und seiner nachbarlichen Lage zur UdSSR und China seine Unabhängigkeit, seinen Status als blockfreies Land und seine territoriale Unversehrtheit, auch in Zukunft bewahren muss.

3) Mir scheint jedoch, dass vor allem der Lösung der Nahostfrage eine entscheidende Bedeutung für Frieden, Sicherheit und Stabilität der gesamten Region zukommt. Ich möchte mich deshalb etwas ausführlicher mit diesem Problem befassen um die Ziele die meines Erachtens angestrebt werden müssen, ferner die Grundsätze, die die Voraussetzungen für eine endgültige politische Regelung darstellen, sowie

die geeignetsten und wirksamsten Verfahren zur Erreichung dieser gesteckten Ziele, darzulegen.

Dies ist keine leichte Aufgabe. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass zu der alten politischen und juristischen Thematik der "Palästinafrage", die durch die wechselnden territorialen Verhältnisse und die massive Auswanderung ganzer Bevölkerungsgruppen, als Nachspiel von vier militärischen Konfrontationen, noch komplizierter geworden ist, neue geopolitische Aspekte und schwerwiegende wirtschaftliche Interessen hinzugekommen sind, die sich aus der Machtpolitik der Supermächte und der für die Industriestaaten lebenswichtigen Notwendigkeit, ihre Erdölversorgung abzusichern, herleiten. Es müssen beharrliche Bemühungen unternommen werden, um als Endziel einen dauerhaften, auf Gerechtigkeit gegründeten, globalen Frieden herzustellen, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und eine endgültige Lösung für das historische Drama des palästinensischen Volkes bedeutet. Ein Friede, der die Kooperation zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn möglich macht, die in friedlicher Koexistenz und gemeinsamer Entwicklung Lösungen für die Probleme eines Gebietes finden müssen, dass allzu lang von gebietsfremden Mächten begehrt worden ist und Schauplatz von Konfrontationen zwischen den gegensätzlichen Interessen der Grossmächte war.

Diese Ziele können nur durch die strikte Einhaltung von Grundsätzen verwirklicht werden, wobei ich die wichtigsten im folgenden darstellen will:

a) Der Grundsatz der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs, der den Rückzug Israels aus allen von 1967 besetzten arabischen Gebieten bedingt.

b) Die von den israelischen Behörden betriebene Ansiedlungspolitik ist demnach unannehmbar; dasselbe gilt für die beabsichtigten Änderungen des Charakters und rechtlichen Status der Stadt Jerusalem, für die eine endgültige Lösung gefunden werden muss, die den freien Zugang zu den Heiligen Stätten gewährleistet.

c) Das Recht aller Staaten dieser Zone, friedlich innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben; hieraus leitet sich der Verzicht auf jeden Versuch einer Vernichtung Israels ab, eines Staates, dessen Daseinsberechtigung und dessen Recht auf Sicherheit anerkannt werden müssen.

d) Die Anerkennung und Ermöglichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf Selbstbestimmung.

Auf der Grundlage einer Annahme dieser Grundsätze müssen meines Erachtens neue diplomatische Schritte unternommen werden, die es ermöglichen, den juristischen Rahmen und das politische Instrumentarium zu ihrer Verwirklichung bereitzustellen und auf diese Weise den Frieden zu erwirken. Es liegt auf der Hand, dass die Resolution 242 der UNO, die einige dieser Prinzipien bestätigt, eindeutig unzureichend ist, weil sie die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht ausdrücklich anerkennt, sondern sich darauf beschränkt, diese Frage

lediglich im Rahmen einer kurzen Bezugnahme auf das Flüchtlingsproblem zu streifen. Was die durch die Vereinbarungen von Camp David in Gang gebrachten Verhandlungen betrifft, so ist heute unverkennbar, dass diese, trotz wichtiger Fortschritte bei der Herstellung des Friedens zwischen Ägypten und Israel sowie bei der Räumung der Sinai-Halbinsel, bei den von im Laufe der Zeit klar zutage getretenen Zweideutigkeiten und Missverständnissen bestimmten Verhandlungen über die übrigen besetzten Gebiete, an ihre Grenzen gestossen sind.

Weder Camp David noch die Resolution 242 – in ihrer gegenwärtigen Fassung – können eine endgültige Verhandlungsbasis und eine ausreichende juristische Grundlage, für eine befriedigende Lösung des Fragenkomplexes abgeben. Die Tragweite dieser Resolution muss erweitert werden und es muss der Rahmen getroffen werden, möglicherweise durch die Einberufung einer neuen diplomatischen Konferenz, in dem eine für alle Beteiligten befriedigende politische Lösung erarbeitet werden kann. Ich vertrete die Auffassung, dass hierfür folgendes Verfahren zu erwägen wäre:

- Nach den erforderlichen Konsultationen, an denen notwendigerweise die Supermächte teilnehmen müssen, würde der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einberufen werden um alle Aspekte der Nahostrage zu behandeln.
- Als Ergebnis dieser Beratungen würde der Sicherheitsrat eine neue Resolution verabschieden, die die Resolution 242 in der

grundlegenden Frage der Rechte des palästinensischen Volkes ergänzen müsste. Besser als Aenderungen des Wortlauts der derzeitigen Resolution wäre nach meiner Auffassung die Verabschiedung einer neuen Resolution mit ergänzendem Charakter. Die Resolution enthält gültige Grundsätze, die das Ergebnis langwieriger und schwieriger Verhandlungen waren, deren Wiederaufnahme zu diesem Zeitpunkt unangebracht erscheint. Es ist daher vorzuziehen, die fehlenden Elemente in einen Text mit gleichen juristischem Rang aufzunehmen, der dann zusammen mit den Resolutionen 242 und 338, die rechtliche Grundlage für die Lösung des Problems bilden könnte.

- In ihrer Eigenschaft als einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes, anerkennt der Sicherheitsrat die palästinische Freiheitsbewegung (PLO) als von der Konfliktsituation betroffene Partei.
- Israel und die PLO verpflichten sich zur Anerkennung der neuen Resolution, sowie der Resolutionen 242 und 338. Hiermit ist auch die Anerkennung der Existenzberechtigung des Staates Israel sowie seines Rechtes auf Sicherheit und die der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf der Grundlage der Gleichberechtigung, gegeben.
- Um einen geeigneten Rahmen für diese Verhandlungen zu schaffen, würde der Sicherheitsrat die Einberufung einer diplomatischen

Konferenz empfehlen, an der ausser den unmittelbar betroffenen Parteien, die Supermächte und auch andere Staaten teilnehmen würden, die einen positiven Beitrag zur Lösung der Frage zu leisten imstande wären. Gesetzt den Fall, diese Initiative stiesse auf Schwierigkeiten, könnte der Sicherheitsrat allenfalls eine Sondersitzung der UNO-Generalversammlung mit diesen Verhandlungen befassen, in deren Verlauf dann die Grundlagen für eine politische Lösung unter Berücksichtigung aller vorerwähnten Grundsätze, erarbeitet werden könnten.

Den europäischen Ländern fiele im Rahmen der von mir erörterten Prozedur eine zweifache Rolle zu: erstens, die Aufgabe dazu beizutragen, den toten Punkt zu überwinden, in dem sich dieses Problem zur Zeit befindet, indem sie bestrebt wären, die von mir skizzierten Verhandlungen in Gang zu bringen. Zweitens könnten diese Staaten in der Kernphase der Verhandlungen eine Vermittlerrolle zwischen divergierenden Auffassungen übernehmen und zu einer Annäherung beziehungsweise Harmonisierung der im Rahmen der Konferenz vertretenen unterschiedlichen Interessen, beitragen.

Spanien und Oesterreich haben in dieser Frage klar und entschieden für einen Frieden Partei ergriffen, der auf den von mir dargelegten Prinzipien beruht. Andere westeuropäische Staaten sind dabei, den selben Weg einzuschlagen und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes als das



wichtigste Fundament anzuerkennen, das jedem Friedensplan zugrundeliegen muss.

### III. DIE VERTAUENSKRISE UND DIE SOLIDARITÄT IN DER ENTSPANNUNG

Die von mir gestreiften schwerwiegenden politischen Ereignisse haben eine internationale Lage zur Folge, in der das Misstrauen zugenommen hat, das Gespräch zwischen den Supermächten abgebrochen wurde, die Abrüstungsverhandlungen zum Stillstand gekommen sind und ein neues Klima der Konfrontation entstanden ist, das seit Monaten die Welt an die bösen Zeiten des Kalten Krieges erinnert.

Angesichts dieses Sachverhalts, muss der Westen eine entschlossene Haltung zeigen und eine politisch-diplomatische Strategie der Eindämmung artikulieren, die die UdSSR zu der Einsicht zwingt, dass ihre militärische Intervention in Afghanistan weder die dauernde Besetzung und noch viel weniger die Annektierung eines Staates zur Folge haben kann, dessen Freiheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität geachtet und verbürgt werden müssen.

Trotzdem verhindert eine derartige Haltung der Entschlossenheit keineswegs solidarische Bemühungen um die Entspannung. Im Gegenteil: Entschlossenheit und Entspannung sind die beiden wichtigsten Richtlinien, an denen sich die Haltung des Westens in dieser Krise orientieren muss. Aus einer Position der Stärke müssen wir die Voraussetzungen schaffen, die eine Lösung der Probleme durch Verhandlungen

ermöglichen, den Abbau der Spannungen bewirken und zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas führen. Kurz gesagt: die Strategie der Entspannung muss wieder in Gang gebracht werden.

1) Ich vertrete die Auffassung, dass der besonders fließende, wandelbare und komplexe Begriff der Entspannung durch folgende Merkmale umrissen werden kann:

- Entspannung ist weder Frieden noch Kalter Krieg. Sie beinhaltet vielmehr eine ihrem Wesen nach dynamische Situation, Bemühungen um die Herstellung eines bestimmten Gleichgewichts, aus dem durch die Ueberwindung der Konfrontationen den Weg zum wahren Frieden ermöglicht wird.
- Entspannung muss daher ein kontinuierlicher Prozess sein, in dem es günstige und ungünstige Konstellationen geben kann, der aber ohne Unterbrechungen fortgesetzt werden muss.
- Eine derartige Begriffsbestimmung geht über den Rahmen des rein Militärischen hinaus und umfasst eine Vielfalt von Aspekten, zu denen Sicherheit und Zusammenarbeit, aber auch die Achtung der Menschenrechte gehören.
- Die Entspannung muss von globaler Reichweite sein; sie darf sich nicht auf den europäischen Raum beschränken, da die Interessen und Verantwortlichkeiten, um die es geht, globaler Art sind.

- Und schliesslich müssen die verschiedenen Komponenten der Entspannung eine harmonische und ausgewogene Ganzheit bilden. Es gibt keine Entspannung ohne Sicherheit, aber es gibt auch keine Sicherheit ohne Fortschritt, und kein Fortschritt ohne Achtung der Menschenrechte.

2) Alle diese Aspekte der Entspannung bilden den Mittelpunkt der Sorgen und Anliegen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), deren nächste Phase am 11. November in Madrid beginnt. Ich beabsichtige nicht, auf die verschiedenen substantiellen Probleme und Verfahrensfragen einzugehen, mit denen sich diese wichtige Konferenz befassen müssen. Doch glaube ich als Vertreter des Gastlandes, dass die Verantwortung für die Organisation der KSZE übernommen hat, die Rolle, die der Konferenz in Madrid in der derzeitigen schwierigen Konjunktur der internationalen Beziehungen zufällt, kurz erläutern zu müssen:

Es gab einen Zeitpunkt, in dem Zweifel laut wurden, ob es überhaupt angebracht sei, diese Konferenz abzuhalten. Für Spanien und die grosse Mehrheit der von uns konsultierten Staaten, zu denen natürlich auch Oesterreich gehört, fiel die Antwort eindeutig aus: die Madrider Phase der KSZE sei nicht nur zweckmässig, sondern notwendig. Nach den in Belgrad erzielten spärlichen Resultaten und der Zuspitzung der internationalen Lage, muss die sich uns hier bietende Gelegenheit genutzt werden, um zu

verhindern, dass das was seinerzeit als der "Geist von Helsinki" bezeichnet wurde, vielleicht für immer zerschlagen wird.

Es kann selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Problemstellungen und Abwicklung der Arbeiten der KSZE geben, weil es Staaten gibt, denen besonders die Themen von Korb I am Herzen liegen, während anderen in erster Linie die wirtschaftliche Zusammenarbeit oder die mit den Menschenrechten zusammenhängenden Fragen von vorrangiger Bedeutung sind. Ich glaube, dass alle diese Fragen wichtig sind und es unser Ziel sein muss, konkrete und realistische Vorschläge zu machen, die die Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki präzisieren und weiterentwickeln, in der Absicht, ein Gleichgewicht zwischen den in den einzelnen Körben enthaltenen Sachgebieten herzustellen. Nutzlose Konfrontationen und endlose Verfahrensstreitigkeiten können nicht zu Vereinbarungen und Fortschritte führen. Andererseits können wir aber kontroversielle Fragen nicht stillschweigend übergehen, um den Eindruck zu erwecken, es seien Fortschritte erzielt worden, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Als Gastland ist Spanien dabei alle, vorbereitenden Arbeiten durchzuführen, die eine reibungslose Abwicklung der KSZE gewährleisten sollen und sowohl den einzelnen Delegationen wie den Medien die bestmöglichen Einrichtungen und eine optimale Infrastruktur für ihre Tätigkeit zur Verfügung zu stellen. Wir sind der Auffassung, dass wir alle vor der verantwortungsvollen Aufgabe stehen, unsere Solida-

rität in der Entspannung zu stärken, damit aus der Schlussakte von Helsinki ein wirksames Mittel zur Förderung von Frieden und Zusammenarbeit in Europa wird.

Die Rückkehr zu den Praktiken des Kalten Krieges kann nicht die Lösung sein, die unsere eng verzahnte und interdependente Welt fordert, in der wirtschaftliche Interessen, Handelsaustausch und menschliche Kontakte eine Vielfalt von Beziehungen geschaffen haben, die politische Anpassungsfähigkeit, ein Gleichgewicht in Sicherheit und fortschreitenden Entspannung, verlangt.

#### **IV. DIE ERRICHTUNG DES FRIEDENS UND DIE SOLIDARITÄT IN DER ZUSAMMENARBEIT**

Die westliche Welt ist aufgerufen, sich im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen mit sich begeisterndem Einsatz an der edelsten Aufgabe zu beteiligen, die der Völkergemeinschaft aufgegeben ist: Jene Voraussetzungen an Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und Freiheit zu schaffen, die die Festigung des Friedens unter den Völkern ermöglichen.

Hierzu ist es unabdingbar, sich – trotz der Rückschläge der letzten Jahre – der Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter einer wirksamen internationalen Kontrolle, bewusst zu werden. Ferner muss dem Nord-Süd-Dialog ein entscheidender Impuls gegeben werden, um die gegenwärtig vorhandenen Ungleichgewichte nach Möglich-

keit zu korrigieren und die Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungsprobleme auf eine gerechtere und humanere Basis zu stellen. Es obliegt der internationalen Gemeinschaft, eine Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte zu übernehmen, und durch Schaffung wirksamer Verfahren, die Ausübung dieser Rechte und ihre Sicherung zu verbürgen.

1) Die erste dieser gemeinsamen Aufgaben ist es, dem hemmungslosen **Rüstungswettlauf** Einhalt zu gebieten, der einen grossen Teil der für Entwicklungsaufgaben erforderlichen Ressourcen verbraucht, Spannungen und Misstrauen zwischen den Staaten hervorruft und uns alle den Gefahren einer nuklearen Kurzschlussbehandlung und ihrer unabsehbarer Folgen, aussetzt.

Die jüngsten Zahlen über Aufrüstung und Waffenhandel in der Welt sind bestürzend, dem muss Einhalt geboten werden. Die Ausgaben für militärische Zwecke werden dieses Jahr auf über 500 Milliarden Dollar geschätzt, wobei dieser Betrag sich ausschliesslich auf bekannte und glaubwürdige Statistiken stützt; dies bedeutet, dass wir es mit der unvorstellbaren Verschwendung von 1 Million Dollar pro Minute zu tun haben. Ein ständig wachsender Anteil dieser Ausgaben entfällt auf Entwicklungsländer, die für Rüstungen und Waffenkäufe einen erheblichen Teil der Mittel aufwenden, mit denen sie ihre elementarsten Bedürfnisse befriedigen müssten. Der Waffenhandel in der Welt hat in den letzten 20 Jahren um nicht weniger als 1200 Prozent zugenommen, wobei die Hauptbestimmungsländer dieses Handels gerade

die Länder sind die am notwendigsten ihre Entwicklung vorantreiben müssten.

Spanien hat den Vereinten Nationen konkrete Vorschläge präsentiert, deren Ziel eine Beschränkung des Konventionellen Wettrüstens und eine Kontrolle des Waffenhandels ist, um dadurch den Schmuggel zu unterbinden und die konventionelle Rüstung innerhalb der für die eigene Sicherheit unerlässlichen Grenzen, zu halten. Daneben muss auch die atomare Abrüstung nicht nur im Bereich der strategischen, sondern auch dem der taktischen Kernwaffen, vorangetrieben werden, die derzeit praktisch jeden Flecken Europas erreichen können.

Folgenden Grundsätzen muss nach unserer Auffassung, in diesem Zusammenhang Rechnung getragen werden:

- Die Beschränkung beziehungsweise die Verminderung des Wettrüstens, müssen das Kräftegleichgewicht im Auge behalten;
- Sie dürfen nicht auf Kosten der Sicherheit vorgenommen werden;
- Es muss ein angemessenes Verhältnis zwischen den beabsichtigten Abrüstungsmassnahmen an global strategischer und auf regional europäischer Ebene, gewahrt werden;
- Die nukleare Abrüstung muss in einem angemessenen Verhältnis zum Abbau konventioneller Waffensysteme stehen.

Vom Erfolg oder Scheitern dieses Vorhabens hängen mehr als nur wirtschaftliche Interessen, Presti-

ge oder Macht ab: wir spielen mit der Zukunft der Menschheit.

2) Die Errichtung des Friedens erfordert an zweiter Stelle eine gemeinsame Haltung, um der internationalen Zusammenarbeit einen entscheidenden Impuls zu geben, der sich meines Erachtens auf die Prinzipien der Solidarität, Gleichheit, Partnerschaft und des gegenseitigen Nutzens, gründen und unter strikter Achtung der Identität und Persönlichkeit der Entwicklungsländer erfolgen muss.

Der Nord-Süd-Dialog, der mit so grossen Hoffnungen aufgenommen wurde, befindet sich gegenwärtig in einem Stadium der Frustration und Enttäuschung. Es ist uns nicht gelungen, institutionelle Mechanismen zu etablieren, um Ungleichgewichte zu korrigieren und die Entwicklungschancen der weniger begünstigten Länder zu potenzieren. Wir waren nicht imstande, den erforderlichen Wandel der internationalen Wirtschaftsstrukturen, im Dienst einer gerechteren Neuen Ordnung der Weltwirtschaft in Angriff zu nehmen. Der Grund dieser Frustrationen ist möglicherweise unser Mangel an Verständnis für die Tatsache, dass es sich hier nicht nur um ein Problem der wirtschaftlichen und finanziellen Mittel handelt, die sicherlich auch notwendig sind, sondern vielmehr um menschliche Hilfe, technische Unterstützung und den Transfer von Technologien, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, mit eigenen Kräften das zu erreichen, worauf sie gerechterweise Anspruch erheben können.

Das demokratische Europa, zu dem wir gehören, muss diesen Wandel fördern um zu vermeiden, dass diese Völker in eine ungerechte Fortschrittfeindlichkeit verfallen, oder der revolutionären Versuchung erliegen. Nur ein tiefgreifender friedlicher Wandel, wie Papst Johannes Paul II. es jüngst in Brasilien ausgedrückt hat, kann dieser Versuchung entgegenwirken und jene, für eine Entwicklung in Freiheit und Gerechtigkeit nötigen Voraussetzungen, schaffen, die der Dienst an den höchsten Zielen der menschlichen Persönlichkeit verlangt.

3) Als Staaten, die sich zu den Werten der abendländisch-christlichen Zivilisation bekennen, sind wir schliesslich dazu aufgerufen, uns für den Schutz der menschlichen Grundrechte einzusetzen. Wir müssen sie ohne Diskriminierungen achten und ihre Verletzung, wo immer dies geschehen mag, verurteilen, da Friede und Fortschritt, die sich nicht auf die uneingeschränkte Achtung der persönlichen Rechte und Freiheiten gründen, keinen Sinn haben.

Es ist eine schmerzliche Feststellung, dass es noch immer Formen der Diskriminierung, ja der Sklaverei gibt, ohne dass unsere egoistische Welt sich von den massiven Verstössen gegen die menschlichen Grundrechte, an die wir doch angeblich glauben, besonders beeindruckt fühlt, selbst dann nicht, wenn diese die Ausmasse eines Völkermords annehmen. Mit Schmerz und Erbitterung müssen wir ferner feststellen, dass die internationale Gemeinschaft unfähig ist, solidarisch gegen den Terrorismus Stellung zu beziehen. Es ist uns bisher nicht gelungen dieser brutalen Form

totalitärer Gewalt, die unsere demokratischen Gesellschaften bedroht, eine angemessene Antwort auf internationaler Ebene zu geben.

Die vom Europarat zur Festigung und zum Schutz der Menschenrechte, sowie zur Bekämpfung des Terrorismus eingeleiteten Aktionen, müssten auf eine weltweite Basis gestellt werden, damit die allgemein anerkannten Deklarationen und Prinzipien, ihren Ausdruck in konkreten Einrichtungen und wirksamen Kontrollverfahren finden, die die Ausübung dieser Rechte sichern und, durch den Einsatz aller, der Geissel des internationalen Terrorismus, die uns alle bedroht, ein Ende zu setzen.

## SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Probleme einer interdependenten und dynamischen Welt, die sich in einem tiefgreifenden Prozess des Wandels befindet, können nur aus einer Haltung der Solidarität angegangen werden. Die Staaten des demokratischen Europa, dem wir angehören, müssen sich über das Gebot der Stunde im klaren sein, individualistische Zersplitterungen zurückzustellen und ihre Kräfte zusammenschliessen, wenn auf diese Herausforderungen eine gemeinsame Antwort erfolgen soll.

Die Fragen der Sicherheit, Entspannung und Entwicklung sind heute von weltumspannender Bedeutung, daher verlangen sie auch nach weltweiten Lösungen. Bei der Suche nach diesen Lösungen kann Europa nicht abseits stehen, weil die Wahrung seiner

eigenen Interessen auf dem Spiel steht. Deshalb muss Europa in drei Richtungen handeln:

1) Zurückstellung von Egoismus und Partikularismus, um durch eine Solidarität in der Stärke seine politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitseinrichtungen zu festigen. Ein anderes Vorgehen würde Europa erneut Einflüssen preisgeben, die sich seiner Kontrolle entziehen, und es in den Mittelpunkt von Konfrontationen und Spannungen rücken, die nicht nur seine Stabilität und seinen Wohlstand, sondern seine Ueberlebenschancen in Frage stellen würden.

2) Einen Beitrag zur Realisierung der für die Annäherung zwischen Ost und West erforderlichen Strategie zu leisten. Dieser muss dem Bewusstsein entspringen, dass es aus der Solidarität in der Entspannung heraus notwendig ist, Verhaltensregeln zu beachten, die die Wiederherstellung des verlorenen Vertrauens und die unerlässliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten ermöglichen.

3) Um eine Annäherung an die Probleme der Entwicklungsländer zu erreichen und aus der Solidarität in der Zusammenarbeit heraus, gemeinsam auf die Schaffung einer gerechteren Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung hinzuarbeiten, die im Dienst einer harmonischen und integralen Entwicklung aller Völker stehen muss.

Solidarität in der Stärke, Solidarität in der Entspannung, Solidarität in der Zusammenarbeit sind die drei Leitlinien, die für die Haltung des Westens gegenüber den Herausforderungen unserer Zeit

bestimmend sein müssen. Dazu muss Europa den Glauben an seine Werte, Ideale und Wandlungsmöglichkeiten, wieder finden, die es ihm gestatten, gleichsam als Ferment, bei der Umwandlung der internationalen Gesellschaft zur Errichtung einer besseren, gerechteren und freieren Welt, seinen Einfluss geltend zu machen. Es ist dabei unerheblich, ob die anderen unsere Erfolgchancen in Zweifel ziehen. Unamuno hat Don Quichotte einen "Ritter des Glaubens" genannt und in diesem Zusammenhang geschrieben, wer von dem Glauben an sich selbst erfüllt sei, werde sein Vorhaben erfolgreich vollenden, jenen zum Trotz, die an der Stärke seines Armes zweifeln.